

2025/I/Innen/4

Beschluss

Annahme

Barrieren im AsylG abbauen

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur anschließenden Weiterleitung an den Bundesparteitag das Folgende beschließen: 1. Allen Geflüchteten, die einen Asylantrag in Deutschland gestellt haben, soll es nach drei Monaten im Regelfall erlaubt sein, einer Arbeit nachzugehen. Hierfür soll insbesondere das Zustimmungserfordernis für Arbeit von Menschen im Asylverfahren aufgehoben und in ein Widerspruchsrecht der Ausländerbehörde/Arbeitsagentur umgewandelt werden. 2. Dieses Widerspruchsrecht soll insbesondere greifen bei Mitwirkungsverweigerung, unklarer Identität, Identitätstäuschung, Strafbarkeit, Anweisung zu Ausweisung/Abschiebung (auch wenn nach dem Dublin-Verfahren eine Überstellung in das Land, in dem das Verfahren durchgeführt werden muss, ansteht). 3. Bestehende bürokratische Hürden, die es Arbeitgeber*innen erschweren, Asylsuchende einzustellen, sind abzubauen.

Überweisen an

Bundesparteitag